

# Mehr Offensivgeist für die Zuwanderung

## Forscher: Warum nicht auch als Wahlkampfthema?

Von unserem Redakteur  
Norbert Holst

**Bremen.** Viele Jahre lang muss sich Klaus Bade vorgekommen sein wie der einsame Rufer in der Wüste. Bereits 1994 mahnte er mit anderen Wissenschaftlern im „Manifest der 60“ ein zukunftsweisendes Einwanderungskonzept an. Damals warfen Bade & Co. der Politik „Flucht aus der Handlungsverantwortung“ vor. Jetzt sieht der Migrationsforscher von der Universität Osnabrück „eine historische Chance, die Dinge endlich zu gestalten“.

Eine vernünftige Basis, diese Chance zu nutzen, ist nach Ansicht Bades das Gutachten der so genannten Süßmuth-Kommission. Bade war als Gutachter an der Expertise beteiligt. Er hält das 300 Seiten starke Ergebnis, das heute der Regierung übergeben wird, für „weitestgehend konsensfähig“.



Klaus Bade

Bade mischt sich liebend gern in die Politik ein, verharrt nicht im wissen-

schaftlichen Elfenbeinturm. Und so ließ er sich auch nicht lange bitten, als die CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft den parteilosen Forscher zu einem internen Gespräch einlud. Beim Besuch in der Hansestadt warb der Professor für noch mehr Offensive beim Thema Einwanderung. Defensiv – sie entspricht nun einmal gar nicht seinem Naturell.

Ihm, das schimmert in den druckreif gesprochenen Statements immer wieder durch, gehen die Parteien nach wie vor zu zaudernd mit dieser gesellschaftspolitischen Weichenstellung um. So hätte der Forscher auch kein Problem damit, wenn die Einwanderung zu einem Thema des nächsten Bundestagswahlkampfes würde. „Fremdenfeindlichkeit beseitigt man nicht dadurch, dass man sie aus dem Wahlkampf heraushält“, schreibt Bade den Politikern ins Stammbuch. Die Ursache für Aggressivität gegen Fremde sei Angst. Da müssten die Parteien mit sachlicher Aufklärung und überzeugenden Konzepten gegenhalten.

Das bloße Jonglieren mit Zahlen und Quoten, wie es gegenwärtig in der Einwanderungsdiskussion so beliebt ist, helfe nicht weiter. Ein Einwanderungsgesetz wäre ein großer Schritt nach vorn, um Deutschland das nötige Arbeitskräftereservoir langfristig zu sichern und den Weg in die „Senioren-Gesellschaft“ abzubremesen. Allerdings stellt Bade, von Haus aus Historiker und über die Beschäftigung mit vergangenen Bevölkerungsbewegungen zum Thema gekommen, klar: Geregelte Zuwanderung ist kein Allheilmittel zur Lösung dieser Probleme. Zudem gebe es „Grenzen der Gestaltbarkeit“.

Beispiel: „Illegale“. Rund 500 000 bis eine Million Ausländer leben in Deutschland ohne Aufenthaltsgenehmigung. Oft kommen sie mit Billig-Jobs über die Runden; als Erntehelfer oder zapfend hinter der Kneipentheke. Die meisten dieser Menschen kommen, so die Erfahrung Bades, nicht mit Hilfe von Schleusern über die Grenze, sondern auf ganz legalem Weg: als Tourist oder als Kurzarbeiter.

Mit solchen Schattenseiten der Migration müsse man pragmatisch umgehen, meint



Mit der absehbaren Zunahme von Ausländern in Deutschland kommt ihrer Integration eine immer größere Bedeutung zu.  
Foto: Christian Kosak

Bade. „Sonst besteht in Deutschland die Gefahr, dass die Illegalen – wie am Anfang die Italiener, dann die Türken und zuletzt Asylbewerber aus Schwarzafrika – zum neuen Feindbild für eine größere Öffentlichkeit werden.“ Denkbar seien etwa zeitlich befris-

tete Lösungen, wie sie gegenwärtig etwa Griechenland anbietet, oder Amnestieangebote wie in den USA. Aber die wichtigste Waffe gegen das Problem Illegalität, so meint Bade, ist die legale Möglichkeit zur Einwanderung.